

In Würde wohnen

Notunterkunft in der Brückengasse vor dem Aus, Stadt will mit Adlloch-Haus Verbesserungen für Wohnsitzlose

Ein Mord in der Brückengasse, eine Brandstiftung im Offheimer Weg. Beides sind Notunterkünfte der Stadt. Es gibt Handlungsbedarf in Limburg, denn auf zu engem Raum leben zu viele Menschen mit unterschiedlichen Problemen zusammen.

Limburg. Es gilt die Unterbringung von Wohnsitzlosen in Limburg zu verbessern. Daran ließen der Erste Stadtrat Michael Stanke (CDU) und Harry Fenzl als Leiter des Walter-Adlloch-Hauses, die Einrichtung des Caritasverbands wendet sich mit verschiedenen Angeboten an Wohnsitzlose, keine Zweifel. Und auch der Ausschuss für Jugend und Soziales stimmte nach einer intensiven Diskussion einstimmig dem Ansinnen zu, sich um die Aufnahme in das Programm „Europäischer Hilfsfonds für die am meisten von Armut betroffenen Personen“ zu bemühen.

Doch auch ohne das Programm gibt es Handlungsbedarf. Konkret bedeutet dies auch, dass die bisherige Unterkunft für Wohnsitzlose in der Brückengasse keine Zukunft mehr haben wird. „Wir brauchen gewisse Standards“, machte Fenzl im Ausschuss deutlich. Standards, die auch die Möglichkeit bieten, sich zurückzuziehen, die persönliche Atmosphäre schützen. All dies ist in der Brückengasse nicht möglich. 15 Zimmer stehen dort zur Verfügung für 15 Bewohner, die sich Küchen, Bäder und Toiletten teilen. Insgesamt stellt die Stadt 31 Zimmer zur Verfügung.

Und dann leben dort oder auch in anderen Einrichtungen noch Menschen zusammen, die ganz unterschiedliche Probleme mitbringen, die in kurzzeitigen Krisenphasen leben, Suchtproblematiken aufweisen, an psychischen Erkrankungen leiden, Fluchttraumata haben und vieles mehr. „Das Zusammenleben von Menschen auf

engstem Raum ohne Privatsphäre, wird der Not der Menschen ohne Unterkunft nicht gerecht“, heißt es in der Vorlage des Magistrats. Und wenn dann noch die verschiedenen Erkrankungen, Problemlagen und Krisensituationen hinzukommen, dann werden Elend und Verelendung regelrecht zementiert, so die Einschätzung des Adlloch-Hauses.

Europäische Förderung

Es muss und soll besser werden. Was mit dem europäischen Programm erreicht werden soll, geht aus der Vorlage des Magistrats deutlich hervor. Mehr Personal für die Betreuung und Begleitung der Wohnsitzlosen. „Das Programm finanziert keine Backsteine, sondern Personal“, verdeutlichte Fenzl im Ausschuss den Schwerpunkt des Programms. Auf drei Jahre ist es angelegt. Mindestens 250 000 Euro bis maximal eine Million Euro stehen zur Verfügung, wenn Limburg in das Programm aufgenommen wird. Eine Voraussetzung ist schon erfüllt. Eine

Kommune und ein freier und gemeinnütziger Träger müssen gemeinsam auftreten, das ist mit Stadt und Caritasverband gegeben.

Und es soll zügig gehen mit dem Verfahren, denn Projektbeginn soll ab Oktober dieses Jahres möglich sein. Bis dahin muss ein Interessenbekundungsverfahren durchlaufen sein und bei Anerkennung noch ein entsprechender Antrag gestellt werden. Fenzl stuft die Chancen auf eine Aufnahme und Förderung von Limburg als durchaus günstig ein.

In den drei Jahren des Programms entstehen der Stadt für das zusätzliche Angebot, gedacht ist dabei an Sozialarbeit zur Begleitung der Notunterkünfte und zur Prävention, zur aufsuchenden Arbeit und mit dem Schwerpunkt Frauen. Das zusätzliche Personal soll auf das Rathaus und Walter-Adlloch-Haus verteilt werden. Der Stadt entstehen dabei nur geringe Kosten. Die Finanzierung besteht zu 85 Prozent aus Mitteln des europäischen Programms, zehn Prozent der Kosten übernimmt

der Bund und fünf Prozent müssen von der Stadt getragen werden.

Bessere Bedingungen

Im Ausschuss machten Fenzl, der die Zusammenarbeit mit der Stadt lobte, und der Erste Stadtrat auch deutlich, dass im Herbst vergangenen Jahres gemeinsam damit begonnen wurde, an einem neuen Konzept zur Unterbringung zu arbeiten. Das war nach dem Brand in einer Notunterkunft im Offheimer Weg, der von einem psychisch erkrankten Mann verursacht wurde, und vor dem Mord an Charles W. mit fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Hintergründen. Nach Einschätzung von Fenzl waren die Lebensbedingungen in den beiden Notunterkünften nicht ursächlich für die schrecklichen Ereignisse, aber sie begünstigten sie massiv.

Deshalb gilt es bessere Bedingungen zu schaffen, davon ließ sich auch der Ausschuss überzeugen. Bessere Bedingungen heißt: die Notunterkünfte benötigen Standards für die Ausstattung,

eine Betreuung und Begleitung der Betroffenen ist zu gewährleisten, Wohnraum und angemessene Unterkünfte sind zu erschließen und es ist notwendig, vorbeugend zu arbeiten. Wohnsitzlosigkeit gilt es schon im Vorfeld zu verhindern. Wichtig ist auch, Menschen, die bisher keine entsprechende Unterstützung erhalten haben, in reguläre Hilfesysteme von Jobcenter, Sozialamt, Suchtberatung, Krankenversicherung und andere zu überführen.

Wie viele von Wohnungslosigkeit in Limburg betroffen sind, dazu gibt es keine Statistiken. Rund 100 verschiedene Übernachtungsgäste gibt es über das Jahr verteilt in den Einrichtungen des Adlloch-Hauses, 30 bis 40 Plätze stellt die Stadt zur Verfügung, die ständig belegt sind. Es gibt Pensionen, in denen bei Not Menschen untergebracht werden können und es gibt viele, die unter freiem Himmel leben. Nach Einschätzung von Fenzl gibt es eine hohe Dunkelziffer und noch die, die sich von einer Unterkunft bei Bekannten zur nächsten hangeln. *jl*



Manchmal reicht zum Schlafen auch ein Platz in einem Schuppen, aber das hat nichts mit Romantik zu tun.

URTEIL

Revision eingelegt

Der wegen Mordes an dem 55 Jahre alten Charles W. verurteilte 43 Jahre alte Täter hat Revision vor dem Bundesgerichtshof gegen das Urteil des Limburger Landgerichts eingelegt. Das bestätigte gestern Rechtsanwalt Tobias Lechner. Der 43-Jährige war zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt worden. Er hatte die Tat zusammen mit einem gleichaltrigen Mann, der sich in der U-Haft das Leben nahm, und einem 22-Jährigen verübt. Das Trio hatte sein Opfer am 22. Oktober vergangenen Jahres so geschlagen und getreten, dass es in der Unterkunft in der Brückengasse an den Folgen der Verletzungen starb. *jl*

INFO Wohnsitzlosigkeit abgeschoben nach Limburg

„Geh' mal nach Limburg!“ Diesen Rat scheinen Menschen in Notlagen in den umliegenden Gemeinden und Städten von Limburg häufiger zu bekommen – auch jenseits der Landesgrenze. Das wurde im Rahmen der Diskussion um die Situation der Obdachlosen in Limburg deutlich. Namen von Kommunen wurden zwar nicht genannt, aber es scheint eher die Regel als die Ausnahme zu sein, dass die um Limburg herumliegenden Gemeinden versuchen, das Problem der Wohnsitzlosigkeit zu exportieren.

„Die vertreibenden Ansätze funktionieren“, machte Harry Fenzl als Leiter des Walter-Adlloch-Hauses deutlich. Und wenn die Menschen erst einmal ihre Gemeinde oder Stadt verlassen haben und in Limburg angekommen sind, dann bleiben sie dort auch. Wie Fenzl im Ausschuss verdeutlichte, ist in der Vergangenheit auch immer wieder einmal die Kommunalaufsicht eingeschaltet worden, um das Abschieben von Wohnsitzlosen nach Limburg zu unterbinden. Um Wohnsitzlosigkeit zu ver-

hindern, sind zunächst einmal die Ursprungskommunen gefragt. Sie müssen nach dem Gesetz auch Wohnraum zur Verfügung stellen, wenn die Betroffenen zunächst einmal ihre Wohnung verloren haben. Nach Angaben von Harry Fenzl wird dabei aber auch deutlich, dass günstiger Wohnraum in der Region kaum noch zur Verfügung steht und sozialer Wohnungsbau seit Jahren vernachlässigt wird. Hier sieht er nicht nur in der Stadt Handlungsbedarf, sondern im ganzen Landkreis. *jl*

INFO Was ist mit den Kosten?

In der Diskussion im Ausschuss für Jugend und Soziales ging es natürlich auch um die Kosten, die langfristig durch eine bessere Betreuung und Begleitung der Wohnsitzlosen entstehen. Richard Eisenbach (CDU) wollte zum Beispiel wissen, mit welchen Kosten die Stadt nach drei Jahren und dem Auslaufen des europäischen Programms (und dem damit verbundenen Wegfall der Fördergelder) rechnen muss. Verlässliche Aussagen darüber sind nach Angaben von Harry Fenzl vom Walter-Adlloch-

Haus nicht zu machen. Er rechnet zum Beispiel auch damit, dass langfristig Kosten eingespart werden, wenn zum Beispiel Wohnsitzlosigkeit und damit verbundene Kosten der Unterbringung vermieden werden.

Werner Laux beendete die Diskussion um mögliche langfristige Kosten und vor allem Mehrkosten für die Stadt mit dem Hinweis darauf, dass zunächst einmal über die kommenden drei Jahre zu entscheiden sei und nicht darüber, was anschließend kommt. *jl*